

KURZ NOTIERT

Koalition. Angesichts des bevorstehenden Abschlusses der Koalitionsverhandlungen von ÖVP und FPÖ sprechen sich die Neos erneut für öffentliche Minister-Hearings im Parlament aus. In einer Pressekonferenz am Dienstag forderten sie auch öffentliche Parlamentsausschüsse, mehr Transparenz in der Parteienfinanzierung und das Ende des Amtsgeheimnisses. In der Parteienfinanzierung verlangen die Neos eine Transparenzverpflichtung auch für Abgeordnete, Vorfeldorganisationen und Vereine. Heute, Mittwoch, treffen sich die beiden fünfköpfigen Teams der Parteichefs Sebastian Kurz (ÖVP) und Heinz-Christian Strache (FPÖ) wieder für eine etwa dreistündige Verhandlungsrunde.

Nationalrat. Der Rechnungshof-Ausschuss des Nationalrats wird traditionell von einem Oppositionsabgeordneten geführt. In den vergangenen Jahren fungierte die Grüne Gabriele Moser als Vorsitzende. Mit dem Ausscheiden der Grünen aus dem Parlament erheben nun sowohl Neos als auch die Liste Pilz den Anspruch auf den Vorsitz. Die Neos wollen die frühere Richterin und Präsidentschaftskandidatin Irmgard Griss in dieser Funktion sehen. Die Liste Pilz hat noch keinen konkreten Namen genannt.

Lebensmittelrückruf. Die Käsemacher GmbH ruft das Produkt „Ziegenkäseröllchen mit Kräutern 100g“ zurück. Wie das niederösterreichische Unternehmen am Dienstag bekannt gab, wurde es vom Gewürzlieferanten informiert, dass bei der Untersuchung einer einzelnen Probe der im Produkt verwendeten Gewürzmischung Salmonellen nachgewiesen wurden. Folgende Mindesthaltbarkeitsdaten/Chargen des Produkts mit der EAN-Code 9003454124507 sind betroffen: MHD/Charge: 5.1.18/747201, 29.12.17/746201, 22.12.17/745201, 15.12.17/744201, 8.12.17/743201. Das Produkt wurde an die Supermarktketten Merkur und Sutterlüthy ausgeliefert. Der Kaufpreis wird bei Rückgabe auch ohne Kaufbeleg rückerstattet.

Rektorenchef drängt auf Studienplatzfinanzierung

Oliver Vitouch kandidiert am Montag nicht mehr als Vorsitzender der **Universitätenkonferenz**.

Von Brigitte Pechar

Wien. Aus den Koalitionsverhandlungen ist nahezu nichts zum Bereich **Wissenschaft** zu erfahren. Die handelnden Personen – **Rektoren**, leitende Beamte, Hochschulforscher – gehen derzeit davon aus, dass der bereits existierende Plan zur Studienplatzfinanzierung von der neuen Regierung umgesetzt wird. Beschlossen ist ja derzeit nur die Erhöhung des Uni-Budgets – allerdings schon mit Blick auf die Neugestaltung der Mittelverteilung.

Bei einer Veranstaltung des Netzwerks Hochschulforschung Österreich wurde Montag und Dienstag die Frage „Quo Vadis Hochschule?“ thematisiert. Sowohl Hochschul-Sektionschef Elmar Pichl vom Wissenschaftsministerium und der Vorsitzende der **Universitätenkonferenz (uniko)** Oliver Vitouch als auch Bildungsforscher Hans Pechar sind sich einig: Die Universitäten müssen neu aufgestellt und finanziert werden.

Zeitmangel

Die Verhandlungen darüber wird aber Vitouch nicht mehr selbst mit der Regierung führen. Denn er wird sich am kommenden Montag der Wahl als **uniko-Chef** nicht mehr stellen, wie er der „Wiener Zeitung“ sagte. Als Gründe machte er mangelnde Zeit geltend. Denn das Pendeln zwischen Wien und Klagenfurt, wo er ja als **Rektor** der Alpen-Adria-Universität fungiert, sei zu zeitaufwendig. Vitouch war ursprünglich stellvertretender Vorsitzender der uniko, übernahm aber nach dem Wechsel der damaligen Rektorenchefin Sonja Hammerschmid in die Regierung die Führung. Jetzt könnte wieder eine Frau folgen. Spekuliert wird damit, dass Eva Blimlinger, die **Rektorin** der Aka-



Pechar, Pichl und Vitouch (v. l. n. r.) sind sich einig: Die Universitäten müssen redimensioniert und neu finanziert werden. Foto: WZ

demie der bildenden Künste, Vitouch an der Spitze der Rektoren ablöst. Vitouch wollte dazu nichts sagen, meinte aber, dass es schön wäre, wenn wieder eine Frau ans Ruder käme, und: Als Stellvertreter stünde er wieder zur Verfügung. Zur Wahl stehen alle 21 Uni-Rektoren des Landes.

Als eine seiner letzten Forderungen als **Rektorenchef** gilt nun-

mehr: keine öffentlichen Mittel für Privatunis. Grund dafür ist, dass der Bund für die Jahre 2018 bis 2020 für jeweils drei Millionen Euro 25 Anfänger-Studiplätze an der Salzburger Paracelsus Privatuni zukaufte. Überhaupt, so sagte er bei der Veranstaltung, zeige sich bei den Medizin-Unis der Föderalismus „in seiner schlechtesten Form“. Alle Bundes-

länder drängten jetzt darauf, eine Medizin-Uni zu haben. Eine weitere Forderung Vitouchs ist die Umsetzung einer Studienplatzfinanzierung, die Zulassungsbestimmungen zur Folge hat.

Umstellung wird konfliktreich

Langfristig sollte die Aufteilung der Studierenden auf Fachhochschulen (FH) und Universitäten im Verhältnis 60:40 sein. „Dieser Prozess wird aber sehr, sehr lange dauern“, erklärte Pechar. „Österreich ist das einzige Land, in dem mehr als 80 Prozent aller Studierenden an Forschungsuniversitäten sind“, sagte Pechar. „Das zeigt, dass bei der Hochschulexpansion etwas massiv schief gelaufen ist.“ Der Aufbau der Fachhochschulen sollte die Universitäten entlasten, was aber bisher nicht gelungen sei: An den FH studieren etwa 40.000 Jugendliche, an den Universitäten 280.000, von denen aber nur 120.000 Vollzeit studieren.

In gut funktionierenden öffentlichen Hochschulsystemen stehen Top-Universitäten an der Spitze einer Pyramide, darunter gibt es abgestuft andere Hochschulen – als Beispiel wurde Kalifornien genannt. In Österreich ist die Pyramide auf den Kopf gestellt. Da haben Fachhochschulen und andere Hochschulen Zugangskriterien – die Universitäten als höchste Forschungseinrichtungen des Landes aber nicht. Daher werde, so Hochschulforscher Pechar, eine Redimensionierung der Universitäten kommen müssen. Das werde einen langen Zeitraum umfassen und sehr konfliktträchtig sein. Die derzeitigen Studienbedingungen würden das Prokrastinieren begünstigen. Er trete daher für eine vorgegebene Studiendauer ein, sagte Pechar. „Eine Deadline ist für manche Menschen ein Motivationsschub.“ ■

Jedes sechste Kind kann kaum lesen

Laut einer internationalen Vergleichsstudie hat sich die Leseleistung der heimischen Schüler in der vierten Klasse Volksschule verbessert.

Wien. Die bei der internationalen Vergleichsstudie „Pirls“ erhobene Leseleistung der österreichischen Kinder in der vierten Klasse Volksschule hat sich leicht verbessert. Mit 541 Punkten liegt Österreich signifikant über dem internationalen Schnitt (521) und praktisch im EU-Schnitt (540). Trotzdem gehören 16 Prozent der Kinder, also jeder sechste Volksschüler, zu den „Risikolesern“.

Die Progress in International Reading Literacy Study (Pirls) wird alle fünf Jahre durchgeführt. Die am Dienstag präsentierten Schülerleistungen wurden im Frühjahr 2016 in 50 Staaten erhoben. Österreich nahm nach 2006 und 2011 zum dritten Mal teil und erreichte nach einem Abrutschen 2011 (529 Punkte) nun praktisch wieder den Wert des ersten Teilnahmehajrs (538).

An der Spitze der Rangliste liegen die Schüler aus Russland (581), Singapur (576) und Hongkong (569). Knapp dahinter kommen mit Irland (567), Finnland

(566) sowie Polen und Nordirland (je 565) die besten Länder aus der EU. Österreich liegt in etwa gleichauf mit den Niederlanden, Australien, Tschechien, Kanada, Slowenien, Deutschland, Kasachstan und der Slowakei.

Jeder sechste Volksschüler in Österreich zählt zur sogenannten

Risikogruppe (2011: 20 Prozent): Das sind Schüler, die maximal einfache Leseaufgaben lösen können. Im internationalen Schnitt macht diese Gruppe 26 Prozent der Schüler aus, in der EU 18 Prozent. In den Spitzenleser-Ländern Russland und Hongkong fallen nur sechs beziehungsweise sie-

ben Prozent in diese Gruppe. Umgekehrt gehören in Österreich acht Prozent der Schüler in die Gruppe der besonders leistungsstarken Leser (2011: fünf Prozent). Über alle Pirls-Länder hinweg sind elf Prozent der Schüler Spitzenleser, im EU-Schnitt zwölf Prozent. Das bedeutet, dass Österreich an den „Rändern“ der Skala jeweils eher wenig Schüler hat. Es gibt also sowohl vergleichsweise wenige Spitzenschüler, aber auch weniger Risikoschüler.

Mittelfeldplatz „inakzeptabel“

Die Leseleistungen der Migrantenkinder liegen mit einem Mittelwert von 500 mehr als 50 Punkte hinter jenem der einheimischen Kinder. Das entspricht nahezu zwei Lernjahren. Während die Lesekompetenz der einheimischen Kinder zwischen 2006 und 2016 statistisch signifikant gestiegen ist (von 547 auf 552 Punkte), ist jene der Zuwandererkinder praktisch gleich geblieben (von 498 auf 500 Punkte).

Nach wie vor gilt: Je höher der Bildungsabschluss der Eltern, desto besser die Leseleistungen der Kinder – Akademikerkinder erreichten im Schnitt 573 Punkte. Kinder von Eltern mit maximal Pflichtschulabschluss kamen dagegen lediglich auf 477. Diese Mittelwertdifferenz von 96 Punkten ist höher als bei der ersten Pirls-Erhebung vor zehn Jahren (79 Punkten) und entspricht drei bis vier Lernjahren. Einschränkung: Die Gruppe der Kinder mit niedrig gebildeten Eltern ist mit rund fünf Prozent eher klein.

Erfreut über die leichte Verbesserung zeigte sich Bildungsministerin Sonja Hammerschmid (SPÖ). Das sei angesichts der gestiegenen Anforderungen im Bildungssystem seit der letzten Erhebung 2011 erstaunlich – insgesamt ist sie aber nicht zufrieden. Hammerschmid findet das Mittelfeld für ein Land wie Österreich „inakzeptabel“. Trotzdem zeigten die Ergebnisse, dass der Trend in die richtige Richtung gehe. ■

Lesekompetenz im internationalen Vergleich

Erreichte Punkte bei PIRLS-Studie 2016, 4. Klasse Volksschule

